

# Dillmann will mehr als Spaß

## Der Spitzenkandidat von Uffbasse spürt mehr Verantwortung

*Von Frank Schuster*

Darmstadt · „Spaßpartei? Das weise ich weit von mir!“ Jörg Dillmann und seine Wählergemeinschaft Uffbasse (Unabhängige Fraktion freier Bürger, aufrecht, spontan, subkulturell, eigenwillig) werden oft in diese Ecke gestellt. Grund ist das unkonventionelle Auftreten des Spitzenkandidaten Dillmann. Als er im Frühjahr 2005 zur Wahl des Darmstädter Oberbürgermeisters antrat, ließ er sich für das Wahlplakat in Star-Wars-Manier ablichten – in eine Kutte gehüllt, ein Laserschwert in den Händen. Slogan: „Die Rückkehr des Jödi-Ritters.“ Das brachte ihm in der Bildzeitung die Schlagzeile ein: „Deutschlands schrägster OB-Kandidat.“

Auch der Auftritt Dillmanns im Stadtparlament – in seiner Freizeit Motorradfahrer und Sänger der Punkband Kackophonia – ist unkonventionell: schwarze Klamotten, Lederstiefel, kurz geschorene Haare, tätowierte Arme.

Doch Uffbasse ist nach fünf Jahren im Parlament längst keine Spaßpartei mehr. Wie die anderen kleinen Fraktionen ist sie mit ihren drei Sitzen gar zum Zünglein an der Waage geworden. Ihre Stimmen fallen stärker ins Gewicht, seit die rot-grüne Koalition durch den Wechsel des Stadtverordneten Jürgen Barth von den Grünen zu Uffbasse einen Sitz weniger im Parlament hat als die Opposition. „Wir haben seitdem viel mehr Verantwortung als vorher“, sagt Dillmann. Als es kürzlich um die Verabschiedung des Schulentwicklungsplanes ging, schauten alle Politiker auf Dillmann und seine Parteikollegen Kerstin Lau und Jürgen Barth. Durch ihre Enthaltung kam der Plan von Rot-Grün gegen CDU, FDP und Teile der Fraktion Offenes Darmstadt haarscharf durch.

„Die kleinen Parteien werden sowieso immer wichtiger“, betont Dillmann, Jahrgang 1961, von Beruf Hausmeister im Gästehaus der TU Darmstadt. „Die Grünen sind keine Alternative mehr, und die großen Parteien haben sich angenähert“, sagt er mit Blick auf die große Koalition in Berlin – und nach Darmstadt. Der Seeheimer Kreis, zu dem sich die Konservativen der Darmstädter SPD zusammenschlossen, sei von der CDU kaum noch zu unterscheiden – auch OB Walter Hoffmann (SPD) nicht, sagt Dillmann. „Seine Haltung zum Flughafenausbau entspricht der der Union.“ Falls Rot-Grün keine Mehrheit mehr finde (schon 2001 hatte die CDU ein besseres Ergebnis als die SPD), sei eine große Koalition auch in Darmstadt denkbar.

Die Zersplitterung der Linken in mehrere Gruppen findet Dillmann nicht schlimm. Derzeit sitzen im Parlament: Uffbasse, Fraktion Offenes Darmstadt und DKP/PDS. Zum Kommunalwahlkampf treten an: WASG, Die Linke, Uffbasse, Liste AUF. Je mehr Gruppen an einer Demokratie mitwirkten, desto besser, sagt Dillmann. „Ich finde es gut, dass zurzeit so viele Bürgerinitiativen in Darmstadt entstehen.“ Er wünsche sich sogar die Unabhängige Wählergemeinschaft IG Abwasser (Uwiga) ins Parlament, die eher dem bürgerlichen Lager zuzurechnen ist, aber einer Bürgerinitiative entstammt.

Dillmann unterwarf sich noch nie Konventionen. Er engagierte sich als Jugendlicher gegen den Paragraphen 218, der Abtreibung unter Strafe stellt. Die Bundeswehr schickte ihn nach drei Monaten nach Hause – offiziell ausgemustert wegen Asthma und Heuschnupfen, inoffiziell wegen seiner politischen Haltung. Er machte in kommunistischen Gruppen mit, hielt es dort aber nicht lange aus, wie er sagt, weil sie ihm zu dogmatisch waren. 1989 brachte er mit seiner früheren Band Arschgebuiden aus Protest gegen die „Säufersatzung“ des damaligen konservativen SPD-Oberbürgermeisters Günther Metzger die Schallplatte „Oi! Saufen! Prost Metzger!“ raus. Metzger wollte auf dem Luisenplatz das Biertrinken verbieten.

Bereits 1993 trat Dillmann zur OB-Direktwahl an und erzielte aus dem Stand heraus fast vier Prozent. Er erreichte ein eher junges Publikum. Im vergangenen Jahr errang er 6,25 Prozent. Dillmann bezeichnet sich zwar als „Anarcho-Typ“, betont aber, dass er die freiheitliche Grundordnung Deutschlands unterstütze. Er kann sich jedoch auch ein Rätssystem vorstellen, in dem die Bürger die Menschen wählen, die sie aus der Nachbarschaft kennen. Er denkt dabei an zwei historische Vorbilder.

„Das hat in Katalonien vor der Franco-Diktatur und in der freien Ukraine auch funktioniert.“

21.2.2006 [Frankfurter Rundschau](#)